



Informationen

gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII):

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
Saarstrasse 7-9
54424 Thalfang

Email: info@rathaus-thalfang.de
Tel.: +49 (0) 6504 / 91400
Fax: +49 (0) 6504 / 8773

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
Datenschutzbeauftragter
Saarstrasse 7-9
54424 Thalfang
E-Mail: daniel.thiel@rathaus-thalfang.de
Telefon: +49 (0) 6504 / 91400

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

- Bearbeitung von Anträgen auf die oben genannten Leistungen nach dem SGB XII - gemäß § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und § 67a Zehntes Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) sowie Asylbewerberleistungsgesetz

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

- Durchführung der unter Nr. 3 genannten Aufgaben und Wiederherstellung des Nachrangs der Sozialhilfe nach § 2 SGB XII - gemäß §§ 67d bis 76 SGB X
- Durchführung von Datenabgleichen nach § 118 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und der Verordnung zur Durchführung des § 118 Abs. 1 und 2 des SGB XII
- Meldepflichten für statistische Erhebungen nach §§ 121ff SGB XII, § 9 Landesgesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB XII), § 41 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX – Teilhabeverfahrensbericht) sowie der Teilnahme am Vergleichsring der KGSt aufgrund der Projektvereinbarung vom 30.03.2017

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Soweit für die unter Nr. 3 genannten Aufgaben erforderlich nach § 77 SGB X (z. B. Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen im Ausland)

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

10 Jahre nach Beendigung des Verfahrens entsprechend den Empfehlungen des Gutachtens der KGSt zur Aufbewahrungsdauer von Akten in Kommunalverwaltungen

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 208-2449

Telefax: +49 (0) 6131 208-2497

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Bitte beachten Sie, dass bei jeglichen Informationen zu personenbezogenen Daten ein Identifikationsnachweis erforderlich ist. Auskünfte am Telefon oder per einfacher E-Mail sind somit nicht möglich.

Damit Sie sich über Ihre Rechte informieren und die einzelnen Vorschriften nachlesen können, finden Sie [hier](#) den aktuellen Gesetzestext zur DS-GVO.